

Nahverkehr. Das ist widerwärtig, und das verurteilt die CDU-Landtagsfraktion auf das Schärfste.

(Beifall von der CDU)

Die von Ihnen daraus gezogenen Schlüsse und den damit verbundenen Antrag teilen und unterstützen wir als CDU-Fraktion hingegen nicht. Für uns gilt: Respekt ja, Bevormundung nein. Warum? Auf der einen Seite weisen Sie darauf hin, dass Landesärztekammern, die Kassenärztliche Vereinigung und Träger von Einrichtungen bereits vielfältige Angebote unterbreiten. Angebote, die bereits helfen, die Situation von Beschäftigten im Gesundheitswesen zu verbessern. Auf der anderen Seite wollen Sie zusätzlich noch eine parallele Struktur etablieren. Da wären Reibungsverluste und Kompetenzgerangel vorprogrammiert. Sie fordern einen weiteren runden Tisch mit vielen Professionen, mit Feuerwehr, Polizei, Krankenhausbeschäftigten und Pflegekräften. Alle diese Bereiche haben andere Probleme, als an einen weiteren runden Tisch teilzunehmen. Alle genannten Bereiche leiden unter akutem Fachkräftemangel. Das vorhandene Personal für zusätzliche runde Tische abzustellen, wäre hier völlig fehl am Platz.

Im Gesundheitswesen weiß man selbst am besten, was nötig ist. Bevormundung ist hier nicht angebracht. Das von Ihnen geforderte Deeskalationstraining für Beschäftigte wird vielerorts bereits umgesetzt. Aus persönlichen Gesprächen mit Gesundheitskräften weiß ich, dass das längst praktiziert wird. Meinen Sie etwa, die Beschäftigten im Gesundheitswesen schauen seit Jahren nur tatenlos zu? Auch eine Meldepflicht von Gewaltvorfällen und Rechts Hilfe für Betroffene gibt es bereits – nette Prosa genau wie der Ruf nach einer Studie. Die Textpassage taugt – das sei mir mit einem Augenzwinkern gestattet – dann doch eher für die Parlamentariergruppe „Lyrik“.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Nur wirklich hilfreich sind Ihre Forderungen nicht. Sie kosten nur Geld. Wer soll das bezahlen? Wenn Ihr Antrag ausschließlich darauf abzielt, dass unser Finanzminister die Geldschatulle öffnet, so benennen Sie das bitte auch so.

Das Gesundheitspersonal in Nordrhein-Westfalen kann sich auf seine Landesregierung verlassen. CDU und Grüne haben Respekt. Wir helfen, wo es nötig ist, wo wir zuständig sind und wo wir können. Aber um zu können, benötigen wir den entsprechenden finanziellen Spielraum. Belastungen von außen sind da eher hinderlich.

Bauliche Präventionsmaßnahmen wie Zugangsbeschränkungen sind Sachen der örtlichen Träger. Die wissen viel besser als wir, was vor Ort angebracht und vor allem auch angemessen ist. Vergessen wir nicht: An den betreffenden Orten arbeiten Menschen

vom Fach, leben Bewohner, liegen Patienten. Wir reden hier nicht von Hochsicherheitstrakten.

Ausstattung mit Notrufgeräten? Die gibt es längst: die 110. Oder wollen Sie parallele Sicherheitsstrukturen schaffen?

Interne Handlungsanweisungen, Supervision, Fallbesprechungen, Nachsorge und Hilfeangebote: Das passiert intern schon längst. Hier sollten wir keine Vorgaben machen, denn da wissen die Profis vor Ort, was nötig ist.

Darf ich ein letztes Mal aus Ihrem Antrag zitieren?

„Die Gewaltprävention in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen als Pflichtbestandteil in der Aus- und Weiterbildung von Gesundheits-, Sozial-, Rettungs- und Sicherheitsberufen weiterentwickeln.“

Was genau meinen Sie damit? Was machen wir mit anderen Berufsgruppen, um hier noch einmal ein Beispiel aus dem Nahverkehr zu erwähnen?

Ja, wir werden den Antrag natürlich mitüberweisen, aber unsere Kernbotschaft ist: Respekt ja, Bevormundung nein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer
[GRÜNE])

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem ersten Auftritt hier im Hohen Haus. – Meral Thoms hat jetzt das Wort für die Fraktion der Grünen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Vorbereitung auf diese Debatte habe ich mit Ärzt:innen und Pflegepersonal gesprochen und gefragt, ob sie Gewalterfahrungen im Berufsalltag erlebt hätten. Es wurden mir einige Gewalterfahrungen geschildert, sehr eindrücklich, und eine habe ich Ihnen auch mitgebracht.

Es geht hier um eine junge Assistenzärztin, die im Nachtdienst im Krankenhaus arbeitet. Eine schwangere Frau kommt mit ihrem Mann. Es gibt Komplikationen, man ist im Notdienst. Dem Kind geht es schlecht, es verstirbt trotz der Behandlung. Die aufgewühlten Eltern geben nun der Ärztin die Schuld am Tod des Kindes. Der Vater attackiert noch in der Nacht die Ärztin massiv verbal, beschimpft sie. Und auch im Nachgang wird diese Ärztin noch wochenlang vom Vater telefonisch bedroht und beschimpft.

Was musste sie sich anhören? Sie hat es mir wortwörtlich gesagt: Ich bringe deine Kinder um – sie ist selber Mutter – genauso, wie du mein Kind umgebracht hast, sagte dieser Vater. Ich mache dich fertig.

Sie bekam Angst, nicht nur um ihre eigene Sicherheit, sondern auch um die ihrer Familie, ihrer Kinder. Sie ging danach mit Sorge zur Arbeit, und sie lernte schließlich in ihrer Freizeit Kampfkunst, um sich bei einer möglichen Attacke, mit der sie rechnete, selbst verteidigen zu können. Dieser Fall ist kein Einzelfall.

Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte, Beschäftigte in Gesundheitsberufen werden immer häufiger Opfer verbaler oder körperlicher Gewalt – nicht erst seit der Pandemie. Die Datenlage zu dem Thema ist noch recht dünn, aber zeigt besorgniserregende Tendenzen.

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege hat 2017 eine Studie, die zitierbar ist, in Krankenhäusern, Altenpflege und in der Behindertenhilfe durchgeführt. Hier gaben knapp 80 % der Beschäftigten an, in den letzten zwölf Monaten von Gewalt betroffen gewesen zu sein. Im Fokus hat man dann auch eine Teilgruppe der Beschäftigten in Krankenhäusern beleuchtet: Fast alle gaben hier an, in den letzten fünf Monaten Beschimpfungen erlebt zu haben, mehr als die Hälfte Bedrohungen, Kneifen oder Kratzen, über ein Drittel Schläge oder Tritte und mehr als ein Viertel rassistische Äußerungen.

Diese Studie ist aus dem Jahr 2017, und in der Pandemie hat sich die Aggression gegen medizinisches Personal noch einmal verstärkt. Gewalterfahrungen belasten, und sie bedeuten auch ein gesundheitliches Risiko, zum Beispiel für Depressionen oder für psychosomatische Erkrankungen. Alle Beschäftigten – da sind wir uns alle einig – haben ein Recht auf ein angstfreies Arbeiten sowie körperliche und seelische Unversehrtheit. Das gilt für uns alle und selbstverständlich auch im Gesundheitswesen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Was steht nun an? Es fehlen belastbare Zahlen zur aktuellen Situation. Das heißt, die Datenlage muss verbessert werden. Auch die Wirksamkeit einzelner Präventionsmaßnahmen zum Thema „Gewaltschutz“ sind noch viel zu wenig bekannt. Die Fragen müssen beantwortet werden, bevor wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket definieren können. Und bei möglichen Maßnahmen müssen wir mit Augenmaß vorgehen, um den Beschäftigten, die in der Pandemie sehr belastet sind – wir haben auch den Fachkräftemangel –, nicht noch zusätzliche Lasten aufzubürden.

Nicht überall muss das Rad neu erfunden werden. Wir können auf Vorhandenem aufbauen. Es gibt zahlreiche Fortbildungs- und Beratungsangebote. Wir haben den NRW-Aktionsplan „Gemeinsam gegen Gewalt“ zum Schutz von Feuerwehr und Rettungskräften oder die Landesinitiative Gewaltschutz mit Fokus auf der Behindertenhilfe.

Es ist für uns selbstverständlich, dass wir den Beschäftigten bei Schutz vor Gewalt beistehen. Übergriffe auf medizinisches Personal verurteilen wir aufs

Schärfste. Die tiefergehende Debatte muss im Fachausschuss geführt werden. Unsere Fraktion wird der Übermittlung des Antrags zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat die Kollegin Yvonne Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die tägliche Arbeit unseres Gesundheitspersonals ist nicht hoch genug einzuschätzen. Umso schockierender sind natürlich Gewaltausbrüche, die sich gegen jene richten, die für die Schwächsten unserer Gesellschaft da sind. Ob Polizeibeamte, Rettungssanitäter, Ärzte oder Lehrer – gegen viele Berufsgruppen verzeichnen wir seit geraumer Zeit einen Anstieg der Gewalt. Und dass diese besorgniserregende Entwicklung auch nicht vor Beschäftigten im Gesundheitswesen Halt macht, das liegt leider auf der Hand.

Diese Gewalt beschäftigt das Land, beschäftigt die Landesregierung seit vielen Jahren. Bedauerlicherweise gehören auch aggressive Übergriffe von Patientinnen und Patienten für viele Beschäftigte mittlerweile zum beruflichen Alltag.

Anfang 2019 wurde im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Berichts-anfrage von CDU und FDP zu Gewalt gegenüber Pflegekräften behandelt. Während Gewalt gegenüber Pflegebedürftigen bis dahin eher im Fokus stand als Gewalt gegenüber dem Pflegepersonal, ist die öffentliche Wahrnehmung heute eine andere. Einer 2018 veröffentlichten Studie der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege mit dem Titel „Belastungen durch Aggression und Gewalt gegenüber Beschäftigten der Pflege- und Betreuungsbranche in Deutschland“ zufolge, hatten annähernd 80 % der Beschäftigten in den vorangegangenen zwölf Monaten Gewalt erlebt. Von diesen berichteten wiederum 94 % über verbale und immerhin 70 % über körperliche Gewalterlebnisse.

Diese Zahlen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Die Betroffenenrate im Gesundheits- und Sozialwesen ist hoch. Aggressive Übergriffe kamen am häufigsten in Krankenhäusern und in Wohnbereichen der Behindertenhilfe vor, überwiegend in Form von Beschimpfungen, Kneifen, Kratzen, Schlägen oder Bedrohungen.

Die Betroffenen reagieren häufig mit Ärger, aber auch mit Hilflosigkeit oder Enttäuschung. Als Konsequenz sind sie in ihrem Handeln natürlich vorsichtiger, sie sind angespannter und haben auch weniger Freude an der Interaktion mit den Mitmenschen, mit ihren Patientinnen und Patienten. Gewalt gegen Pflegepersonal wirkt sich somit negativ auf alle Betrof-